

# Siegreicher Streik bei JSode-PaHEer

Der siegreich beendete Streik um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte der Belegschaft Bode-Panzer, Hannover, der vom 21. November bis 16. Dezember 1946 dauerte, ist, wie die erfolgreichen Streiks in der Sowjetzone, ein sichtbares Zeichen für das gestärkte Klassenbewußtsein der Betriebsarbeiter.

Nach anfänglichem Zögern der hannoverschen oberen Gewerkschaftsführung hat die Allgemeine Gewerkschaft, Gruppe Metall, Hannover, diesen ersten Streik in der britischen Zone übernommen und zum guten Ende geführt. Der Streik, der überall Widerhall fand, hat den Kampf um das Mitbestimmungsrecht sowie den damit verbundenen notwendigen Abschluß von Betriebsvereinbarungen sehr belebt. Viele Betriebe, Betriebsrätekonferenzen, Gewerkschaftstagungen usw. aller Zonen nahmen dazu Stellung und erwiesen durch Resolutionen oder Begrüßungstelegramme an die Bode-Panzer-Arbeiter und -Angestellten ihre Sympathie und ihre Entschlossenheit, das Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen. Der Beschluß der Belegschaft des Betriebes Hanomag-Hannover, einen Stundenlohn für die Streikenden zu geben, zeigte, daß die bis zu Beginn der Naziherrschaft so oft bewährte Solidarität der deutschen Werktätigen untereinander nicht vergessen ist. Viele weitere Sammlungen und Spenden wurden den Streikenden überwiesen. So brachten die 2200 Mann starke Belegschaft der Elektro-Apparate-Fabrik Berlin-Treptow, die Versuchs Werkstätten Fernmeldewesen, Berlin O 112, die Belegschaft der Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen-Berlin, die Baufirma Wayß & Frey tag AG., Berlin-Tempelhof, und das Abschaltwerk Wigankow G. m. b. H., Berlin, je einen Stundenlohn für die Streikenden auf. Geldsammlungen veranstalteten außerdem die Belegschaften der Geldschrank-Fabrik Ade-Arnheim, Berlin-Reinickendorf, Bode-Panzer-Berlin N 65, Bargo & Söhne-Berlin SW und zahlreiche weitere Betriebe.

Die in der britischen Zone bisher noch im Stadium des organisatorischen Aufbaus befindlichen Gewerkschaften bekamen durch diesen Streik einen starken Aufschwung, der sich u. a. auch im Wachsen der Mitgliederzahlen ausdrückt.

Der ehemalige Wehrwirtschaftsführer und Naziaktivist Hermann Bode, der gemeinsam mit dem Zentralbüro der Wirtschaftsverbände Niedersachsens (der jetzt noch getarnten Unternehmerorganisation) den Streik von dieser Seite aus führte, hat eine Niederlage erlitten. Aber die Unternehmer sind nicht entscheidend geschlagen. Das beweist die unterschriebene Betriebsvereinbarung, nach der dem Betriebsrat bei der Produktionsgestaltung nur die Mitwirkung, nicht aber die Mitbestimmung zugestanden wird und die Betriebsvereinbarung nur solange bestehen soll, bis eine gesetzliche Regelung erfolgt. Obwohl also die Betriebsvereinbarungen auf Grund des Betriebsrätegesetzes vom 4. April 1946 getroffen werden, wird versucht, ihre Gesetzlichkeit zu bestreiten. Die reaktionären Unternehmer erhoffen wohl Hilfe von dem in seiner Zusammensetzung für sie günstigen niedersächsischen Landtag, um die fortschrittlichen Artikel des Betriebsrätegesetzes durch rückschrittliche Durchführungsbestimmungen außer Kraft zu setzen. Außerdem ist man an den Alliierten Kontrollrat herangetreten, den besonders unangenehmen Artikel 5 des BRG durch Erlaß einer Ausführungsbestimmung im Sinne des Privatkapitalismus umzugestalten. Das geht aus Presseäußerungen von Teilnehmern der ersten Vierzonen-Konferenz der Gewerkschaften hervor, die am 18. und 19. Dezember 1946 in Hannover tagte.

Alle gesellschaftlichen  
Kräfte haben diese Ein-  
nahme über die Quelle in der  
sozialen Bedeutung der  
Dinge die veranschaulicht  
und den Kapitalismus  
mit der kapitalistischen  
Produktionsweise  
berührt.

AGU  
Bebel

Die Einigkeit- und Geschlossenheit, in der der Streik geführt wurde, und angesichts der Gefahr, daß er sich auf alle Betriebe der britischen Zone ausdehnen könnte, hat die Unternehmer veranlaßt, nachzugeben. Die katastrophale Ernährungslage, die in Proteststreiks gegen den Leiter des zentralen Ernährungsamtes für die britische Zone, Schlange-Schönningen, sowie gegen seine unteren Behördenorgane einen so sichtbaren Ausdruck fand und findet, ferner die gespannte soziale Lage, die durch die Ablehnung der Bergarbeiter, Sonntagsschichten zu fahren, gekennzeichnet ist und die Pläne für die Verstaatlichung der Konzerne und größeren Unternehmungen, die von den Sozialdemokraten fälschlicherweise als Sozialisierung bezeichnet werden, haben Bode und Konsorten genötigt, aus taktischen Gründen den Streik durch einen Kompromiß zu beenden. Es ist darum nur zu richtig, wenn die Allgemeine Gewerkschaft Hannover, Gruppe Metall, in ihrem Schluß-Kommunique zu ihrem Streik erklärt, daß mit der erzielten Vereinbarung ein Minimum-Standard geschaffen wurde, der von anderen Betrieben nicht unterschritten werden soll.

Welche Lehren ziehen die fortschrittlichen Werktätigen und wir Funktionäre aus diesem Streik?

1. Der Streik bei Bode-Panzer ist nicht das Ende, sondern der Anfang einer großen Bewegung um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte im Betrieb als Voraussetzung zur Schaffung einer antifaschistischen demokratischen Wirtschaft Deutschlands.
2. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Kraft wächst
3. Die Solidarität beginnt wieder Triumphe im Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage zu feiern.
4. Die Gewerkschaften haben besonders dafür zu sorgen, daß die Betriebsräte für die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes laufend fachlich geschult werden.
5. Das Schwergewicht der Tätigkeit der SED und KPD liegt in den Betrieben; je besser es ihre Mitglieder verstehen, gute Gewerkschafter zu sein und für die eigenen Interessen der Belegschaften zu kämpfen, um so mehr wird ihr Einfluß wachsen,

Sorgen wir dafür, daß der große Sieg der Bode-Panzer-Arbeiter und -Angestellten dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht in ganz Deutschland einen mächtigen Aufschwung gibt\*)

Fritz Rube

\*) Wir verweisen auch auf den Artikel zu dieser Frage in Nr. 9.